



**Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen**

■ Städte- und Gemeindebund NRW • Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf

Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf
Kaiserswerther Straße 199-201
40474 Düsseldorf
Telefon 0211 • 4587-1
Telefax 0211 • 4587-211
E-Mail: info@kommunen.nrw
pers. E-Mail: Cornelia.Jaeger@kommunen.nrw
Internet: www.kommunen.nrw

Je besonders an:

1. die ordentlichen Mitglieder und
2. die stellvertretenden Mitglieder

des Gleichstellungsausschusses

Aktenzeichen: G.7.2.-007/003 Jä/Da
Ansprechpartner:
Beigeordneter Andreas Wohland
Referentin Dr. Cornelia Jäger
Durchwahl 0211 • 4587-226

3. Juli 2019

NIEDERSCHRIFT

über die 46. Sitzung des Gleichstellungsausschusses des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen am Dienstag, den 2. April 2019 in Düsseldorf

- I. Teilnehmerliste (Anlage 1)**
- II. Tagesordnung**
 1. Begrüßung
 2. Genehmigung der Niederschrift über die 45. Sitzung
 3. Weiterentwicklung des Girls and Boys Day's – Vorstellung des Projekts Girls/Boys Academy
*Referentin: Steffi Kreuzenbeck, Leiterin des Referates Berufliche Gleichstellung,
Potentialentwicklung
Ministerium für Heimat, Kommunales, Bauen und Gleichstellung NRW*
 4. Frauen-Netzwerk i. d. Städteregion Aachen e. V.
*Referentin: Silke Tamm-Kanj, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Würselen,
2. Vorsitzende des Vereins*
 5. Aktueller Sachstand zum KiBiz, insbesondere Randzeitenbetreuung
Referent: Horst-Heinrich Gerbrand, Geschäftsführer, StGB NRW
 6. Aktuelle Entwicklungen zur Istanbul-Konvention
 7. Verschiedenes
 - a) Projekt „Promoting women in local leadership“ (EAF Berlin)
 - b) Muster-Gleichstellungsplan des MHKBG NRW – weitere Entwicklungen
 - c) Schlaglichter – 100 Jahre Frauenwahlrecht (Würselener Frauen der Ersten Stunde)
 - d) Anhörung Stärkung des kommunalen Ehrenamtes
 8. Zeit und Ort der nächsten Sitzung

III. Ergebnisse

TOP 1: Begrüßung

Die **Vorsitzende**, Bürgermeisterin **Große-Heitmeyer**, begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gleichstellungsausschusses, Beigeordneten Wohland und Referentin Dr. Jäger als Vertreter der Geschäftsstelle sowie die Referentin, Frau Kreuzenbeck, Referatsleiterin aus dem MHKBG NRW und dankt allen herzlich für ihr Kommen.

TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die 45. Sitzung

Frau **Watermann-Krass** spricht an dieser Stelle ein großes Lob aus. Sie bedankt sich bei der Geschäftsstelle dafür, dass im Nachgang zur letzten Sitzung des Gleichstellungsausschusses derart auf den kommunalen Arbeitgeberverband und das MHKBG NRW eingewirkt wurde, dass der kommunale Arbeitgeberverband seine Handreichung zum Thema Stellenausschreibung und drittes Geschlecht überarbeitet hat. Sie ist sehr davon angetan, dass es dem StGB NRW gelungen ist, sich so erfolgreich zu positionieren.

Ansonsten gibt es keine weiteren Anmerkungen zur Niederschrift, so dass diese einstimmig genehmigt wird.

TOP 3: Weiterentwicklung des Girls and Boys Day's – Vorstellung des Projekts Girls/Boys Academy

Frau **Große-Heitmeyer** dankt Frau **Kreuzenbeck** dafür, dass sie als Referatsleiterin des MHKBG NRW an dieser Sitzung teilnimmt und Ausführungen zum aktuellen Sachstand zur Girls/Boys Academy machen wird.

Frau **Kreuzenbeck** ist seit Sommer 2018 Referatsleiterin und insbesondere für die berufliche Gleichstellung im Wirtschafts- und Arbeitsmarkt zuständig. Sie kümmert sich um die Themen Gründungsvorhaben, weiteres Berufswahlspektrum und auch „Frauen in Männerberufen und Männer in Frauenberufen“ sind ihr Themengebiet. Ebenso beschäftigt sie sich mit dem Thema KIM (Kompetenz im Management).

Frau **Kreuzenbeck** erklärt, dass es sich bei den nachfolgenden Informationen um Zwischenstände handelt, die noch vom Ministerium/ der Arbeitsgruppe abgesegnet werden müssen. Nichts ist zum jetzigen Zeitpunkt in Stein gemeißelt.

Hintergrund des Themas ist es, zum einen wie im Koalitionsvertrag festgelegt, eine Weiterentwicklung des Girls/Boys Days festzulegen. Der Girls/Boys Day wird als nicht ausreichend erachtet, um die Klischee belastete Auswahl von Berufsgruppen zu überwinden. Dementsprechend hat Ministerin Scharrenbach die Idee gehabt, Mädchen und Jungen realistischere Erkenntnisse über Interessen und Berufsfelder zu geben. Zielgruppe der Girls/Boys Academy ist es, dass die Klassen 8 bis 13 aller allgemein bildenden Schulen angesprochen werden. Es soll ein freiwilliges Angebot sein und sich auf 60 Stunden á 45 Minuten beschränken, die über das Schuljahr verteilt sind. Vorbild ist hier Baden-Württemberg. Es soll ein modulares Berufsfeldangebot sein und die Unternehmen sollen konkret beteiligt werden. Es geht darum, die sog. MINT-Berufe für Mädchen attraktiv zu machen (MINT = Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) und die sog. SAGE-Berufe für Jungen (SAGE = Soziales, Altenpflege, Gesundheit und Erziehung). Dabei führt sie an, dass bislang der Wunsch geäußert wurde, den Bereich Altenpflege auszuklammern, um die jungen Menschen an dieser Stelle nicht zu überfordern.

Im Einzelnen soll es Wahlbausteine und berufspraktische Workshops in den Unternehmen geben. Konkret geht es darum, das Selbstbewusstsein der Kinder zu stärken, um den Mut zu haben, auch in einem anderen Berufsfeld Fuß zu fassen. Ein wichtiger Baustein des Projektes ist auch Elternarbeit. Wenn die Kinder gegen den Strom schwimmen, müssen auch die Eltern unterstützt werden.

Als Pilotkommunen sind Blomberg, Düsseldorf, Gelsenkirchen, Gummersbach und Hamm dabei. Jeweils ein Standort pro Regierungsbezirk und das Ganze soll im Schuljahr 2019/2020 starten. Danach sollen weitere Schulen und Kommunen gewonnen werden, um das ganze Projekt aufzurollen.

Ein erstes Eckpunktegespräch hat am 26.11.2018 mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Pilotkommunen stattgefunden. Es gab großes Interesse und es wurde festgestellt, dass die Initiative einen Nerv getroffen hat. Das zweite Treffen wird am 03.04.2019 stattfinden. Hier sollen die nächsten Schritte vereinbart und Einzelheiten zur Organisation festgelegt werden. Nähere Infos werden nachgereicht. Darüber hinaus soll im Mai 2019 gegenüber dem Landtag berichtet werden, inwieweit die Girls/Boys Academy fortgeschritten ist. Vor Pfingsten sollen die konkreten kommunalen Konzepte der einzelnen fünf Pilotkommunen stehen. Ab September beginnt dann das neue Schuljahr, in dem es dann an die konkrete Umsetzung geht. Ebenso wird ein Logo für das Vorhaben erarbeitet und es soll im Nachgang immer Zertifikate für die Jugendlichen mit diesem Logo geben, dass sie daran teilgenommen haben und ebenso Auszeichnungen mit entsprechenden Hinweisen für die beteiligten Unternehmen.

Ein Problem, was zwischenzeitlich geklärt werden konnte, ist der der Versicherungsschutz für Jugendliche. Dazu gab es Gespräche mit der Unfallkasse NRW. Es ging im Ergebnis darum, wie die Versicherung aussieht, da es sich um kein Schulprojekt im engeren Sinne, sondern um ein Projekt außerhalb der Schulzeit handelt.

Anschließend erfolgt eine längere Diskussion zum Thema.

Frau **Große-Heitmeyer** hält fest, dass sie es nicht für richtig erachtet, dass das Thema Altenpflege bei der Girls/Boys Academy ausgeklammert werden soll. Dabei erfährt sie ausdrücklichen Zuspruch von den Ausschusmitgliedern. Darüber hinaus weist sie darauf hin, dass es im ländlichen Raum teilweise schlechte ÖPNV-Anbindungen zu einzelnen Firmen gibt. Sind diese Firmen nicht so gut angebunden, ist es für Schülerinnen und Schüler aus dem ländlichen Raum nicht einfach, diese Betriebe zu erreichen. Hier stellt sich die Frage der Kostenerstattung bzw. wie man es den Schülerinnen und Schülern ermöglicht, auch zu weiter entfernten Betrieben zu kommen.

Frau **Watermann-Krass** erinnert daran, dass es einen großen Fachkräftemangel im ländlichen Raum gibt und fragt sich, inwieweit der Girls/Boys Day und das neue Projekt evaluiert werden soll. Darüber hinaus macht sie Ausführungen zur möglichen Konnexitätsrelevanz der neuen Aufgaben bzw. der Frage, wie der Aufwand erstattet wird.

Frau **Dirks** schlägt vor, die Girls/Boys Academy vorrangig in Unternehmen durchzuführen und nicht zu sehr in Berufsschulen. Die Schülerinnen und Schüler sollen vor allem einen Einblick in die Unternehmenswirklichkeit erhalten. Frau **Drüke** fragt nach, inwieweit es spezifische Strategien gibt, wie man an die Schülerinnen und Schüler überhaupt herantreten soll, um sie zu motivieren, bei diesem freiwilligen Projekt mitzumachen. Darüber hinaus möchte Sie wissen, wie es zur Auswahl der 5 Pilotkommunen gekommen ist.

Frau **Kreuzenbeck** führt aus, dass sie den Hinweis bezüglich der Altenpflege mitnehmen will. Zu Fahrtkosten erwidert sie, dass es eine Grundaussage der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit gibt und man sich des Themas noch einmal annehmen wolle. Eine Evaluierung des Projektes sei nicht vorgesehen. Es wird ja nur fünf Pilotstandorte geben und wegen der kurzen Dauer und der Übertragbarkeit möchte man nicht evaluieren. Zur Finanzierung führt sie aus, dass es ein rein freiwilliges Angebot für Kommunen und Unternehmen ist. Darüber hinaus soll von den Pilotkommunen ein Konzept erarbeitet werden, welches auf andere Kommunen übertragbar ist. Die Praxismodule sollen vorrangig in den Unternehmen durchgeführt werden und nicht in Berufsschulklassen und wenn überhaupt nur in überbetrieblichen Bildungseinrichtungen der Kommunen. Eine Strategie, wie Schülerinnen und Schüler bzw. Schulen besonders angesprochen werden sollen, existiert noch nicht. Man will über den Arbeitskreis Schule und Wirtschaft an die Schulen herantreten und diese Kontakte nutzen.

Frau **Drüke** schlägt daher vor, dass das Schulministerium die Schulen mehr mit ins Boot nehmen soll und nicht nur die Schulen die bereits aktiv sind. Darüber hinaus führt Frau **Kreuzenbeck** aus, dass es kein Interessenbekundungsverfahren bei der Auswahl gab, sondern dass man einfach einzelne Kommunen aus jedem Regierungsbezirk angesprochen hat.

Frau **Preiser-Marian** führt aus, dass sie in der 5. Klasse bereits Praktika in Forstbetrieben durchführen und das ab der 8. Klasse unproblematisch möglich ist, auch in der Altenpflege tätig zu sein. Es ist immer nur die Frage, was für eine Tätigkeit man dort ausübt.

Frau **Banach** erklärt, dass es auch sinnvoll wäre, das Ganze in die Schule zu integrieren als ein Projekt im Bereich Sozialkunde, sieht allerdings jetzt schon die Schwierigkeiten, wenn das Ganze außerhalb der Schulzeit erfolgen soll.

Darauf antwortet **Frau Kreuzenbeck**, dass es ein Projekt des Gleichstellungsministeriums ist und eben nicht des Schulministeriums, da es keinen Schulausfall geben darf und man deswegen das Ganze freiwillig neben der Schulzeit durchführen wird.

Herr **Steingießer** bittet darum, das Thema wieder vorzulegen, sobald es neuere Erkenntnisse gibt. Er hat gute Erfahrungen mit Arbeiten im Hospiz gemacht und sieht auch keine Problematik, dass Schülerinnen und Schüler in solchen Institutionen arbeiten. Ebenso pflichtet Frau **Drüke** bei, dass eine Sensibilisierung für die Pflege mehr als notwendig sei.

Frau **Gerling** fragt nach, ob das Praktikum nur in einem Unternehmen durchgeführt werden kann oder auch in mehreren. Darauf antwortet Frau **Kreuzenbeck**, dass es darum geht, 60 Stunden in einem Berufsfeld aktiv zu sein. Es muss nicht die gesamten 60 Stunden in einem Unternehmen sein, es kann auch breiter gefächert werden.

Frau **Trame** merkt an, dass es wichtig ist, dass die anderen Kommunen von den Ergebnissen profitieren und dass es in die Fläche getragen wird und nicht nur eine Handvoll Unternehmen, sondern sich viel mehr beteiligen. Sie schlägt vor, Fragebögen zu erstellen, in denen man einfache Dinge abfragt, inwieweit das Angebot gut angenommen wurde von der Schülerschaft, was gut gelaufen ist, was schlecht gelaufen ist. Diese Anregung nimmt Frau **Kreuzenbeck** gerne mit auf.

Anschließend wird folgender Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen:

„Der Gleichstellungsausschuss nimmt die Ausführungen zum Projekt Girls/Boys Academy zur Kenntnis und begrüßt die Absicht der Landesregierung, den Girls/Boys Day zu erhalten und durch eine zusätzliche Girls/Boys Academy zu ergänzen.“

Herr **Wohland** sagt zu, dass er die Erkenntnisse aus der Diskussion mit in den Workshop am 03.04.2019 beim Gleichstellungsministerium nehmen wird.

TOP 5: Aktueller Sachstand zum KiBiz, insbesondere Randzeitenbetreuung

Der Tagesordnungspunkt wird vorgezogen.

Frau **Große-Heitmeyer** begrüßt Herrn Geschäftsführer **Gerbrand**, der zum aktuellen Sachstand zum Thema KiBiz berichten wird. Im Wesentlichen wird dabei auf den umfassenden Vorbericht verwiesen. Er führt aus, dass es zum Thema Randzeitenbetreuung noch keine Eckpunkte gibt und stellt die Ergebnisse vor, die mit Minister Dr. Stamp beschlossen wurden.

Anschließend erfolgt eine längere Diskussion.

Frau **Watermann-Krass** führt an, dass die Kirchen nun Ängste hätten, dass städtische Einrichtungen umgewandelt werden müssen. Es fehle an einer Perspektive. Ebenso Stichwort: Qualitätsverbesserung und Arbeitsentlastung. Die Kinder werden früher und länger betreut, aber die hohe Qualität

müsse auch weiterhin gewährleistet bleiben. Sie erklärt, dass sie den Abschluss der Vereinbarung nicht „für einen großen Wurf“ hält.

Eine auskömmliche Finanzierung für frühkindliche Bildung sehe anders aus. Das Aktionsbündnis der Wohlfahrtsverbände hat das Ganze schon kritisiert. Das Land gibt nicht mehr aus, sondern das Bundesgeld fließt vor allem in die Beitragsfreiheit, die Minister Dr. Stamp angeregt hat.

Herr **Gerbrand** erklärt, dass mit den kommunalen Spitzenverbänden nicht abgesprochen wurde, dass ein weiteres Kindergartenjahr beitragsfrei gesetzt werden soll und dass das nicht eine Forderung der kommunalen Spitzenverbände war; sondern die kommunalen Spitzenverbände haben sich primär dafür eingesetzt, dass das System auskömmlich finanziert werden muss und dann nach einem qualitätsvollen Ausbau der Kinderbetreuung erst in einem nächsten Schritt über Beitragsfreiheit gesprochen werden kann.

Frau **Dirks** merkt an, dass es am Anfang eine Grundfinanzierung gab und fragt nach, inwieweit Elternbeiträge doch jetzt noch vereinheitlicht werden sollen. Herr **Gerbrand** erwidert, dass es nach jetzigem Stand keine entsprechende Vereinheitlichung der Elternbeiträge geben soll, dass dies aber seit langem eine Forderung der kommunalen Spitzenverbände sei. Für Qualität fehlen insgesamt 750 Mio. Euro und der Fachkräftemangel ist lt. Landtag NRW weiterhin kein Mangel aber man merkt an allen Ecken und Enden, dass händeringend Personal gesucht wird. Der Städte- und Gemeindebund hat dieses Thema häufig angesprochen.

Frau **Große-Heitmeyer** dankt Herrn Gerbrand für die umfassenden Ausführungen und die Diskussion.

Anschließend wird folgender einstimmiger Beschluss gefasst:

„Der Gleichstellungsausschuss nimmt den Bericht der Geschäftsstelle einstimmig zur Kenntnis.“

TOP 4: Frauen-Netzwerk i. d. Städteregion Aachen e. V.

Frau **Große-Heitmeyer** begrüßt herzlich Frau Tamm-Kanj, die heute in Vertretung der ersten Vorsitzenden, Frau Keupen, als zweite Vorsitzende des Vereins des Frauen-Netzwerk e.V. berichten wird.

Zu dem Thema wird auf die beigefügte Präsentation (**Anlage 2**) verwiesen. Dem Frauen-Netzwerk geht es vor allem darum, Erfolge von Frauen sowie Frauen insgesamt sichtbarer zu machen. In dem Frauennetzwerk sind über 60 Organisationen engagiert. Der Verein hat einen Vorstand und die Mitgliederversammlung tagt zweimal im Jahr. Es gibt klare Arbeitsstrukturen mit thematischer Arbeit sowie eine Frauen-Bildungswoche im Frühjahr mit verschiedenen Workshops, die derzeit gerade stattfindet. Insgesamt werden mehr als 40 verschiedene Workshops durchgeführt, an denen jeweils je 15 Frauen teilnehmen können. Damit werden auch jüngere Zielgruppen erreicht, mit Themen wie Prüfungsangst, Bewerbungen etc. Ebenso hat die Frauenquote das Thema „Frauen in Aufsichtsräten“ unterstützt und es gibt ein „Forum e“. Hier handelt es sich um eine Internetplattform, die sich speziell an Alleinerziehende richtet und Themen wie „Kinderbetreuung“ und „Ferienbetreuung“ umfassend darstellt. Die Gruppe setzt sich auch mit dem Thema „Ehrenamt“ auseinander und versucht mehr gesellschaftliche Anerkennung herzustellen. Ebenso gibt es eine „junge Gruppe“ dort. Diese Gruppe besteht größtenteils aus Studentinnen, die sich autonom treffen und Lesungen und Kinoveranstaltungen organisieren. So kommt man auch zwischen den Altersgruppen bei solchen Veranstaltungen gut in den Austausch. Es gibt eine europäische Vernetzung durch den Euregio vor Ort mit Belgien und den Niederlanden. Darüber hinaus ist man gerade bei der „Europawahl“ aktiv, auch Aktionen unter dem Stichwort „Frauenwahlrecht“ durchzuführen.

Insgesamt gibt es das Frauennetzwerk nun 25 Jahre und dies wurde in einer Ausstellung dokumentiert, die rotierend in verschiedenen Sparkassen ausgestellt wird. Die Ausstellung enthält 11 Felder, die die verschiedenen Bereiche, die das Frauennetzwerk thematisch bearbeitet, darstellt.

Anschließend erfolgt eine umfassende Diskussion.

Frau **Watermann-Krass** erläutert, dass es im Kreis Warendorf auch 25 Jahre ein entsprechendes Verein- und Netzwerk gab. Dies musste allerdings aufgelöst werden, weil sich die Finanzierung schwierig gestaltet hat. Nun gibt es ein neues Vorhaben, ein Kreisfrauenforum, welches sich 4x im Jahr trifft, unter Leitung einer Gleichstellungsbeauftragten. Dies sei aber leider eine schlechtere Infrastruktur als die Vereinsstruktur.

Frau **Tamm-Kanj** führt an, dass es ein guter Raum ist, um frauenpolitische Themen zu diskutieren und auch Fachfrauen zu Wort kommen zu lassen.

In Herten gibt es eine Gleichstellungsstelle und eine HSK Kommune. Dementsprechend gibt es keine richtige Vereinsstruktur. Frau Tamm-Kanj erklärt, dass der Mitgliedsbeitrag 70 Euro im Jahr beträgt und alle frauenpolitischen Themen werden in kleinen Arbeitsgruppen behandelt. Frau **Mackensen** erwidert, dass derzeit auch in Soest ein Verein agiert, aber der Vorsitz vakant ist und wahrscheinlich die ganze Vereinsstruktur wegbrechen wird.

Die **Vorsitzende** dankt Frau Tamm-Kanj für die umfassenden Ausführungen.

Anschließend wird TOP 7 c) vorgezogen, zu dem Frau Tamm-Kanj ebenfalls berichten wird.

TOP 7 c) Schlaglichter – 100 Jahre Frauenwahlrecht (Würselener Frauen der Ersten Stunde)

Frau Tamm-Kanj stellt das Projekt vor. Es wird auf die ausgegebene Broschüre verwiesen bzw. auf den Artikel im Städte- und Gemeinderat 4/2019, der der Niederschrift als **Anlage 3** beigefügt ist.

Frau **Brieden** berichtet, dass der Kreis Euskirchen diese Ausstellung bereits als Wanderausstellung übernimmt und lobt das Projekt. In der Projektgruppe haben 5 Frauen und 3 Männer mitgearbeitet.

Frau **Watermann-Krass** führt an, dass es auch noch eine gute Ausstellung „Weimar im Westen“ gibt zum Thema „100 Jahre Frauenwahlrecht des LWL“. Diese tour gerade auch durch das Land.

Frau **Große-Heitmeyer** dankt Frau Tamm-Kanj für die informativen Darstellungen und das erfolgreiche Projekt „Schlaglichter“.

TOP 6: Aktuelle Entwicklungen zur Istanbul-Konvention

Christiane **Bongartz**, Rechtsreferendarin beim Städte- und Gemeindebund NRW, berichtet über die entsprechenden Entwicklungen. Dabei wird auf den umfassenden Vorbericht verwiesen.

Anschließend erfolgt eine Diskussion. Frau **Trame** bittet darum, den Beschlussvorschlag zu konkretisieren. Erstens möchte sie, dass der Gleichstellungsausschuss das zur Kenntnis nimmt. Zweitens sollte auf Landesebene analog zur Bundesebene eine Koordinierungs-/Mentoringstelle eingerichtet werden. Darüber hinaus soll der Aktionsplan „NRW schützt Frauen vor Gewalt“ von 2016 angepasst, weiterentwickelt und fortgeschrieben werden.

Anschließend wird folgender einstimmiger Beschluss (bei einer Enthaltung) gefasst:

„Der Gleichstellungsausschuss nimmt den Bericht der Geschäftsstelle zur Kenntnis. Darüber hinaus fordert der Gleichstellungsausschuss die Landesregierung auf, analog der Bundesebene auch auf Landesebene eine Koordinierungs-/Mentoringstelle einzurichten. Des Weiteren soll der Aktionsplan „NRW schützt Frauen vor Gewalt“ von 2016 angepasst, weiterentwickelt und fortgeschrieben werden.“

TOP 7: Verschiedenes

a) Projekt „Majoress - Promoting women in local leadership“ (EAF Berlin)

Frau **Dr. Jäger** führt in das Thema ein und berichtet, dass die EAF Berlin letzte Woche den Zuschlag für das Projekt aus Brüssel bekommen hat und das Projekt jetzt, auch in Kooperation mit dem StGB NRW durchführen kann. Die Vorsitzende der EAF Berlin, Frau Dr. Lukoschat hat gegenüber dem StGB NRW schon deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sie sich auf die weitere Zusammenarbeit freut. Das Projekt will sich an die Amtsinhaberinnen, aber auch an die Kandidatinnen für die Kommunalwahl 2020 richten.

Frau **Große-Heitmeyer** begrüßt sehr, dass das Projekt gefördert wird. Die Bürgermeisterinnen freuen sich, wenn es in diesem Jahr noch ein weiteres Treffen geben würde, das durch Unterstützung der EAF Berlin gefördert wird. Interesse besteht da sowohl an Mentoring Programmen oder Unterstützungs- und Weiterentwicklungsprogrammen aber auch an Wahlkampfunterstützungsprogrammen.

b) Muster-Gleichstellungsplan des MHKBG NRW – weitere Entwicklungen

Frau **Dr. Jäger** führt in das Thema ein und berichtet, dass ggf. in der nächsten Ausschusssitzung, die im Landtag NRW am 09.10.2019 stattfinden wird, Frau Rosenbaum, die zuständige Referatsleiterin, mit ersten Ergebnissen aufwarten wird.

Im November 2018 hat ein Treffen mit der Abteilungsleiterin Jägers und ausgewählten Kommunen auch aus der Mitgliedschaft des StGB NRW stattgefunden. Vom Städte- und Gemeindebund NRW waren die Kommunen Westerkappeln, Goch, Euskirchen, Weeze und Würselen vertreten. Mit dem Mustergleichstellungsplan möchte das Gleichstellungsministerium eine Handreichung erarbeiten, die ein spezielles Angebot für kleinere Kommunen ist.

Derzeit befindet sich das Referat noch in der Auswertung und der Erarbeitung der ersten Vorlage dieser Thematik. Wahrscheinlich soll es einen Entwurf vor der Sommerpause geben und einen zweiten Workshop, der sich dann noch einmal intensiv mit einer Rohversion beschäftigt. Insgesamt gab es sehr positives Feedback zu diesem ersten Workshop.

Die Geschäftsstelle wird den Ausschuss über die weiteren Entwicklungen informieren.

d) Anhörung Stärkung des kommunalen Ehrenamtes

Herr **Wohland** führt in das Thema ein und berichtet von der entsprechenden Anhörung der Enquete-Kommission des Landtags am 18.03.2019. Vorab haben die kommunalen Spitzenverbände eine umfassende Stellungnahme zum Thema abgegeben.

Frau **Dr. Jäger** erklärt, dass Frau Bongartz und sie einen Aufsatz in der Verbandszeitschrift im Städte- und Gemeinderat 5/2019 zum Thema: „Kommunales Ehrenamt stärken“ verfassen werden und wären für best practice Beispiele aus den Kommunen dankbar. Anschließend erfolgte eine Diskussion über das Thema „Kommunales Ehrenamt“. Es wird vorgeschlagen, diese Thematik auch einmal in der Ausschusssitzung zu behandeln.

TOP 8: Zeit und Ort der nächsten Sitzung

Der nächste Termin des Gleichstellungsausschusses findet am **Mittwoch, 09. Oktober 2019 im Landtag Düsseldorf** statt. Der Treffpunkt wird um 9.30 Uhr an der Pforte sein. Dort muss sich jedes Mitglied mit Personalausweis ausweisen. Anschließend besteht die Möglichkeit dem Plenum als Besucher/in beizuwohnen. Ebenso erfolgt voraussichtlich eine kurze Begrüßung durch den Landtagspräsidenten Herrn Kuper. Anschließend soll – wie bereits im letzten Ausschuss besprochen – eine Diskussionsrunde mit den gleichstellungspolitischen Sprecherinnen der verschiedenen Fraktionen statt-

finden. Dabei soll das Thema „Besetzung von Gremien/ § 12 LGG“ mit den Abgeordneten besprochen werden.

Darüber hinaus werden noch weitere Themen diskutiert, mit denen sich der Ausschuss zukünftig beschäftigen kann. Zum einen wurde der Wunsch herangetragen, das Thema „Frauenbild von Migrantinnen und Migranten“ zu besprechen. Des Weiteren wird vorgeschlagen, das Thema „Kommunales Ehrenamt“ zu besprechen, bzw. wie man neue Ratsmitglieder gewinnen kann. Frau **Trame** schlägt vor, die Situation der Hebammen näher zu beleuchten. Gerade im ländlichen Raum sei dies ein großes Thema.